

## EINE BRITISCHE VISION VON EUROPA: EINE NEUE CHANCE FÜR DIE ERNEUERUNG DER EU?



Wahrscheinlich schon 2016, aber spätestens 2017 fällt der britische Wähler die schicksalhafte Entscheidung über den Verbleib Großbritanniens in der EU. Das Referendum fällt in eine Krisenphase der europäischen Union. Die Eurokrise ist noch längst nicht ausgestanden, die Flüchtlingskrise hat einen akuten Mangel an Lösungskompetenz der europäischen Ebene offenbart, und in vielen Mitgliedstaaten sind euroskeptische und eurofeindliche Parteien im Aufwind. Die unbewältigten Krisen machen das Votum für den Austritt (Brexit) wahrscheinlicher. Ein Austritt Großbritanniens selbst würde die Krise der Europäischen Union zu einer Existenzkrise machen. Die EU wäre nach einem Brexit nicht mehr, was sie einmal war. Ein Dominoeffekt, der den Austritt weiterer Mitglieder oder sogar ein Auseinanderfallen der Union zur Folge hätte, kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

### MEHRHEIT DER DEUTSCHEN FÜR REFORMEN

Verhindert werden kann der Brexit allerdings dadurch, dass die Europäische Union selbst deutliche Schritte zu ihrer Erneuerung unternimmt. Die vom britischen Premierminister David Cameron vorgeschlagenen Reformen sind dabei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die von Open Europe Berlin und der BCCG beim Meinungsforschungsinstitut Forsa in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage vom Herbst 2015 zeigte, dass auch eine Mehrheit der Bundesbürger mit wesentlichen Teilen der Britischen Reformagenda übereinstimmt: Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene, ein Veto-Recht für nationale Parlamente, ein Europa verschiedener Geschwindigkeiten und die Begrenzung des Zugangs zu den nationalen Sozialleistungen durch EU-Ausländer.

### EUROPA BRAUCHT EINE REALISTISCHE PERSPEKTIVE

Doch die moderaten Reformen, die in der Kürze der Zeit bis zum Referendum umgesetzt werden könnten, reichen nicht aus, um die EU insgesamt auf eine neue Basis zu stellen. Notwendig ist eine neue, realistischere Perspektive. Der Traum von einem europäischen Bundesstaat scheint

angesichts der großen Zahl der Mitglieder, der Überforderung der EU-Institutionen mit der aktuellen Lage, den Nationalisierungstendenzen in großen und kleinen Staaten der EU, von Großbritannien über Frankreich und Polen, nicht mehr realistisch. Unrealistische Erwartungen und übersteigerte Forderungen nach Vereinheitlichung verstärken übrigens paradoxerweise eher die Fliehkräfte in der EU.

### EINE ALTERNATIVE ZUR EU ALS BUNDESSTAAT

Die bisherige Vision von Europa als Bundesstaat aufzugeben, heißt nicht, keine Vision eines vereinten Europas mehr zu haben. Gerade das britische Modell einer „flexiblen Union“ bietet eine Alternative zum europäischen Zentralstaat auf der einen und dem Rückfall in die Renationalisierung auf der anderen Seite. Anders als von Kritikern oft behauptet, hat Großbritannien vom Beginn seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft an viele konstruktive Beiträge zum europäischen Projekt geleistet. Der Binnenmarkt gilt als das Glanzstück des europäischen Einigungsprojektes. Es war die wegen ihrer Euroskepsis oft gescholtene Premierministerin Margaret Thatcher, die dieses Projekt maßgeblich vorangetrieben hat, als Europa in der ersten Hälfte der achtziger Jahre an „Eurosclerose“ litt.

### DIE VISION EINER „FLEXIBLEN UNION“

Unter „Flexibler Union“ versteht man eine Europäische Union, in deren Zentrum nach innen die Vollendung des Binnenmarktes als Dreh- und Angelpunkt steht und nach außen die Förderung des Freihandels und offener Märkte. Darum herum können Staaten mit unterschiedlichen Interessen verschiedene Cluster der Integration bilden. Einige Staaten können in diesem und andere in jenem Punkt enger zusammen arbeiten. Das ermöglicht praktische und pragmatische Lösungen, die auf die politischen Gegebenheiten und Wünsche der einzelnen Mitgliedsstaaten Rücksicht nehmen. Eine solche EU würde die Vielfalt des europäischen Kontinents besser zum Ausdruck bringen als die gescheiterte Vision einer auf allen Ebenen von der Währung über das Steuersystem bis zur Innen- und Rechtspolitik vereinheitlichten Union.

### WAS WIR IN DEUTSCHLAND TUN KÖNNEN

Die Reformvorschläge aus Großbritannien sollten nicht als lästige Störung gesehen, sondern als Chance begriffen werden, für die ganze EU tragfähige Lösungen zu finden. Open Europe Berlin plant deshalb auch im Jahr 2016 die EU-Reformen und die Vermeidung des Brexits zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit zu machen.

Prof. Dr. Michael Wohlgemuth  
und Dr. Gérard Bökenkamp  
Open Europe Berlin gGmbH